

Saalfelden war nach 1945 ein Ort widersprüchlicher Entwicklungen: Während Jüdinnen und Juden auf der Suche nach einem sicheren Leben fernab Europas 1947 von hier aus über den Krimmler Tauern flohen, verlief die politische Reintegration ehemaliger Nationalsozialist:innen zügig. Mit Adam Pichler übernahm 1949 ein registrierter Nationalsozialist das Bürgermeisteramt in Saalfelden.

Die Flucht vom Lager Givat Avoda, der heutigen Anton-Wallner-Kaserne, über den Krimmler Tauern war Teil einer groß angelegten Rettungsaktion für jüdische Überlebende, organisiert von der Bricha, einer jüdischen Fluchthilfeorganisation. Tausende sogenannte »Displaced Persons« durchquerten auf diesem gefährlichen Weg das Gebirge, um über Italien nach Palästina zu gelangen.

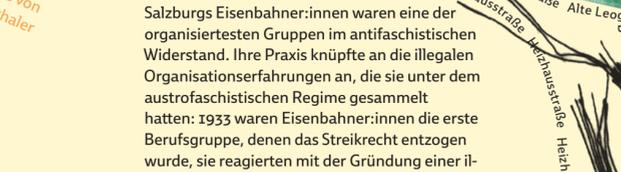
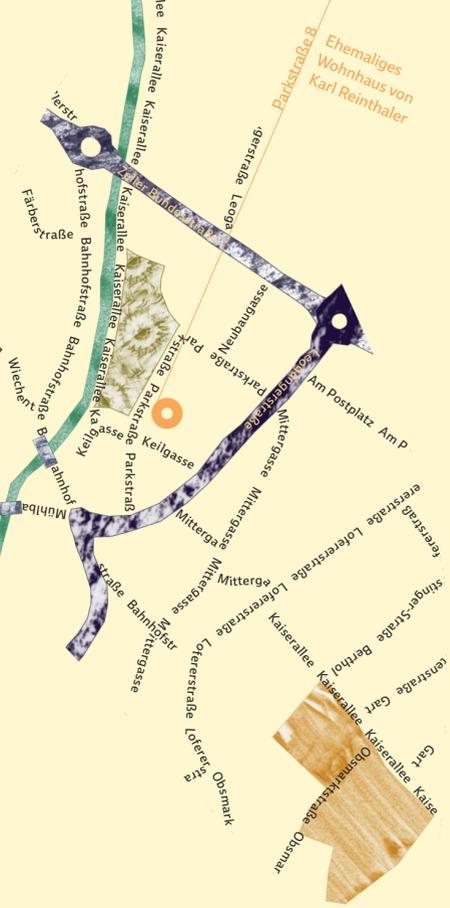
Adam Pichler kandidierte für die SPÖ, die sich, wie auch andere Parteien, gegenüber »integrierbaren« NS-Belasteten rasch geöffnet hatte. Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit wurde nach 1945 rasch marginalisiert, während österreichweit großflächig Kriegerdenkmäler für die gefallenen Soldaten errichtet wurden. Das Saalfeldner Kriegerdenkmal, ursprünglich im Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs errichtet, wurde nach 1945 mehrfach verändert und ehrt bis heute – ohne kritische Auseinandersetzung mit der NS-Zeit – die »Gefallenen«.

Über Jahrzehnte dominierte die Erzählung vom »gemeinsamen Leid« der Bevölkerung im Krieg, es gab kaum Aufarbeitung oder Anerkennung der jüdischen Verfolgung. In Saalfelden rückte erst 2006 eine Ausstellung das Thema der NS-Verfolgung ins öffentliche Bewusstsein. Weitere Initiativen wie Alpine Peace Crossing, die seit 2007 jährlich Gedenkveranstaltungen organisiert, aktualisieren und verstärken diese Auseinandersetzung.

Karl Reinthaler wurde 1942 von der Wirtin der Saalfeldner Bahnhofrestauration denunziert. Dieses Ereignis war kein Einzelfall: Die Mehrzahl aller Festnahmen zwischen 1938 und 1945 folgte auf Denunziationen. Die Bereitschaft der Bevölkerung, die Überwachung durch die Gestapo aktiv zu unterstützen, stellte demnach eine bedeutende Voraussetzung für das Funktionieren des Regimes dar.

Die Bereitschaft zur Denunziation wurde beständig genährt und mobilisiert. Der NS-Staat erhob es zu einem der wichtigsten Beiträge staatsbürgerlichen Engagements, Hinweise und Informationen über Andersdenkende zu liefern. Zwar gab es kein Gesetz, das Denunziation vorschrieb, doch wurde ein strukturelles Angebot zur Denunziation für die Bevölkerung geschaffen. Denunziationen konnten direkt an die Partei, Polizeibehörden, aber auch in Form von Leser:innenbriefen an Massenmedien kommuniziert werden.

Die Anzeigen rührten aus politischen ebenso wie aus persönlichen Gründen. Sie betrafen vor allem regimiekritische Äußerungen, das Abhören ausländischer Sender oder verbotene Kontakte mit Zwangsarbeiter:innen. Denunziationen von Jüdinnen und Juden machten einen großen Anteil aus. Der krasse Antisemitismus in der Bevölkerung zeigte sich in der gehäuferten Meldung vermeintlicher Vergehen, die selbst nach NS-Recht nicht strafbar waren, etwa der Anzeige sogenannter »Mischehen«.



Salzburgs Eisenbahner:innen waren eine der organisiertesten Gruppen im antifaschistischen Widerstand. Ihre Praxis knüpfte an die illegalen Organisationserfahrungen an, die sie unter dem austrofaschistischen Regime gesammelt hatten: 1933 waren Eisenbahner:innen die erste Berufsgruppe, denen das Streikrecht entzogen wurde, sie reagierten mit der Gründung einer illegalen Gewerkschaft. Nach der Machtübernahme der Nationalsozialist:innen konnte diese nicht wie zuvor weitergeführt werden, weshalb Widerstand von Eisenbahner:innen von 1938 bis 1945 vorrangig individuell oder in kleinsten Gruppen stattfand.

So sammelten etwa Zellen aus maximal fünf Personen Gelder zur Unterstützung der Familien von Verhafteten. Andere betrieben politische Aufklärung durch Flüsterpropaganda, konspirative Zusammenkünfte und die Verbreitung von illegalen Schriften. Manche Eisenbahner:innen, die bei Gefangenentransporten eingesetzt wurden, vermittelten Nachrichten zwischen den Häftlingen in den Konzentrationslagern und ihren Angehörigen.

Zum Teil fand Widerstand auch durch Sabotageakte statt: durch fingierte Telefongespräche, mit denen Dienststellen in die Irre geführt wurden, oder durch das Entfernen und Vertauschen von Wagenbezettelungen, wodurch Waggons zu anderen Zielbahnhöfen geschickt wurden und umfangreiche Nachforschungen über ihren eigentlichen Bestimmungsort gestartet werden mussten.

Die Eisenbahn spielte eine zentrale Rolle in der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungspolitik. Ohne die logistische Kapazität der Bahn wäre der systematische Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden, an Rom:nja und Sint:izze, die Deportation von Kärntner Slowen:innen, Homosexuellen, Zeug:innen Jehovas, als »asozial« Stigmatisierten und politisch Andersdenkenden nicht möglich gewesen.

Nach dem »Anschluss« 1938 wurden die Bundesbahnen Österreich in die Deutsche Reichsbahn integriert. Zahlreiche Bahnbedienstete wurden entlassen, ihre Stellen wurden von SA- und SS-Mitgliedern eingenommen.

Mit der propagandistischen Werbekampagne »Räder müssen rollen für den Sieg« wandte sich die Reichsbahn-Führerschaft 1942 über Plakate, Zeitungen und Lautsprecherdurchsagen in Bahnhofshallen an die Bevölkerung, die auf private Bahnreisen verzichten und so die Wehrmacht-Transportkapazität erhöhen sollte. Gleichzeitig gab es auch Widerstand unter den Eisenbahner:innen.

Erst in den 2000er Jahren begann eine umfassendere wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rolle der Bahn im Nationalsozialismus. Die ÖBB leisteten im Jahr 2000 Zahlungen an den Österreichischen Vernehmungsfonds und zeigten 2010 mit der Ausstellung »Verdrängte Jahre« erstmals öffentlich die eigene Verstrickung in das NS-System auf.

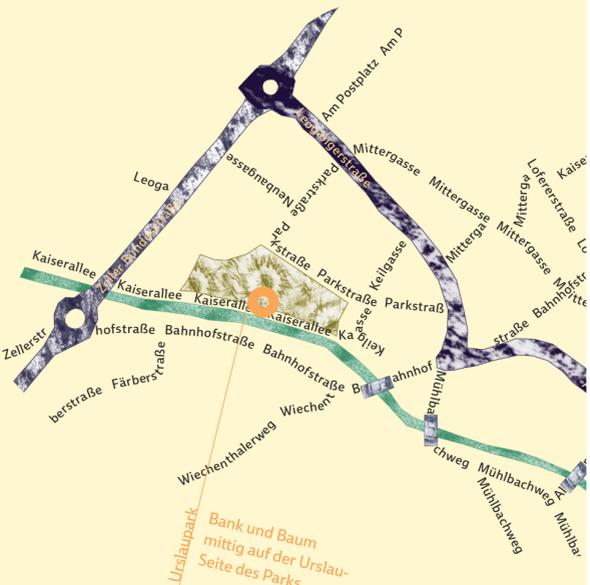
In Saalfelden, wie in vielen Teilen Österreichs, gewann nationalsozialistisches Gedankengut schon lange vor 1938 an Popularität. So kam die NSDAP bei den Gemeinderatswahlen 1931 in der Marktgemeinde Saalfelden bis auf ein Mandat an die Christlichsoziale Partei heran. Während des Verbots der NSDAP ab 1933 entwickelte sich Saalfelden, nicht zuletzt aufgrund seiner geografischen Lage, zum Umschlagplatz für illegal über die Grenze geschleustes Propagandamaterial.

Unmittelbar nach dem sogenannten »Anschluss« 1938 wurden an den Ortseinfahrten von Saalfelden Tafeln aufgehängt, auf denen stand: »Saalfelden braucht keine Juden«. Das Manufaktur- und Modewarengeschäft des jüdischen Ehepaars Artur und Sara Kant wurde enteignet, Artur Kant wurde im Zuge des Novemberpogroms 1938 ins Konzentrationslager Dachau deportiert. Er konnte noch freikommen und mit seiner Frau nach Palästina fliehen.

Wie in jedem österreichischen Ort wurden auch in Saalfelden Zwangsarbeiter:innen eingesetzt, vor allem auf den Bauernhöfen. Am 8. Jänner 1942 wurde in Saalfelden der polnische Zwangsarbeiter Aleksy Jagla hingerichtet, weil ihm die Beziehung zu einer »deutschen« Magd nachgesagt wurde. Andere Zwangsarbeiter:innen mussten der Hinrichtung beiwohnen, die Magd wurde in ein Konzentrationslager deportiert.

Es liegen Informationen über fünf Menschen aus Saalfelden vor, die aufgrund einer zugeschriebenen »Behinderung« in die Tötungsanstalt Hartheim deportiert und dort umgebracht wurden.

Der kürzeste Weg



Saalfelden war ein bedeutender Bahnknotenpunkt, an dem nach 1938 mehrere Eisenbahner in den Widerstand gegen das NS-Regime involviert waren. Einige von ihnen waren bereits in den Jahren zuvor in sozialistischen oder kommunistischen Gruppen aktiv gewesen. Die enge Vernetzung führte dazu, dass 1942 mehrere Eisenbahner aus Saalfelden und Umgebung aufgrund ihrer politischen Aktivitäten von der Gestapo verhaftet und zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Karl Reinthaler war einer von ihnen, die Geschichten der anderen sind weniger bekannt. Sie waren: Franz Dillinger, Reichsbahngangestellter Karl Ettl, Reichsbahngangestellter Franz Fritzenwanker, Reichsbahnbetriebswart Johann Kröll, Bahnbeamter Paul Lürzer, Schaffner Peter Mitteregger, Zimmermann und Eisenbahner Lothar Thurner, Lokführer Ludwig Pointner, Wagenmeister Anton Wimmer, Verschubmeister

Gemeinsam mit den Eisenbahnern wurden auch Georg Wörgötter und Josef Scherleitner 1942 verhaftet. Wörgötter war bereits vor 1938 in der KPÖ aktiv und wurde nach seiner Verhaftung von der Gestapo brutal misshandelt. Scherleitner war als Leiter des kommunistischen Widerstands im Pinzgau maßgeblich in die Organisation der KPÖ in der Region involviert. 1943 wurde er vom Volksgerichtshof wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, am 30. April 1943 in München-Stadelheim hingerichtet.

